

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>  <b>V0748/23</b> öffentlich	Referat	Referat VII
	Amt	Amt für Verkehrsmanagement und Geoinformation
	Kostenstelle (UA)	6101
	Amtsleiter/in	Schäpe, Ulrich
	Telefon	3 05-23 20
	Telefax	3 05-23 30
E-Mail	vmg@ingolstadt.de	
Datum	17.08.2023	

<b>Gremium</b>	<b>Sitzung am</b>	<b>Beschlussqualität</b>	<b>Abstimmungs- ergebnis</b>
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	05.10.2023	Entscheidung	

### **Beratungsgegenstand**

Schnellstmögliche Umsetzung des Deutschlandtaktes auf den Bahnstrecken Ulm - Ingolstadt, Ulm - Ingolstadt - Regensburg und Eichstätt Stadt - Ingolstadt - Regensburg sowie Augsburg (-Oberhausen) - Ingolstadt  
 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.03.2023  
 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.08.2023  
 Stellungnahme der Verwaltung

(Referentin: Frau Wittmann-Brand)

### **Antrag:**

Die bisherigen Bestrebungen der Stadtspitze zusammen mit den Landräten der Umlandlandkreise zur Weiterentwicklung des Schienenpersonennahverkehrs in der Region 10 werden zur Kenntnis genommen.

gez.

Ulrike Wittmann-Brand  
 Stadtbaurätin

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Entstehen Kosten:**  ja  nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:  <input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von            Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von            Euro müssen zum Haushalt 20            wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

**Nachhaltigkeitseinschätzung:**

**Wurde eine Nachhaltigkeitseinschätzung durchgeführt:**  ja  nein  
 Wenn nein, bitte Ausnahme kurz darstellen und begründen

Begründung der Ausnahme  
 Bloße Kenntnisnahme

**Bürgerbeteiligung:**

**Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt:**  ja  nein

## Kurzvortrag:

Die SPD-Stadtratsfraktion hat zwei Anträge gestellt, die Stadt Ingolstadt möge sich verstärkt für eine Umsetzung des sog. Deutschlandtaktes einsetzen. Dies betrifft insbesondere die damit einhergehenden Angebotsverbesserungen im Schienenpersonennahverkehr: zum einen auf der Eisenbahnstrecke im Donautal zwischen Ulm, Donauwörth, Ingolstadt und Regensburg, der sog. Donautalbahn, im Zusammenhang mit den Ausbauplanungen zur B16 und möglichen Entlastungswirkungen im Straßenverkehr; zum anderen die Bahnstrecke Augsburg (-Oberhausen) - Ingolstadt (-Nord), die sog. Paartalbahn.

Die Anträge nehmen Bezug auf zwei unterschiedliche Planungskonzeptionen mit verschiedenen Zielsetzungen und Zeithorizonten in Verantwortung des Bundes: einerseits die Konzeption des Deutschlandtaktes und andererseits den Bundesverkehrswegeplan (BVWP). Die Begründung zu den Anträgen geht darauf ein, dass mit der Umsetzung des Deutschlandtaktes Entlastungswirkungen im übergeordneten Straßennetz (hier Bundesstraße B16 und B300) einhergehen. Auch wenn dies aus fachlicher Sicht sinnvoll ist, so findet diese Verknüpfung zwischen den konkreten Planungen des BVWP und des Deutschlandtaktes zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht statt.

Bei der Konzeption des Deutschlandtaktes geht es darum, im Schienenpersonenverkehr erstmals einen deutschlandweit aufeinander abgestimmten integralen Taktfahrplan zu entwerfen. Das bedeutet, dass sämtliche Schienenverkehrsangebote im Nah- und Fernverkehr hinsichtlich der Fahrzeiten und Umsteigebeziehungen aufeinander abgestimmt sind. Für die Erstellung wurden zahlreiche Angebotsverbesserungen auch von den Ländern gemeldet. Der Freistaat Bayern (konkret der Aufgabenträger Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH) strebt demnach für die Donautalbahn einen Halbstundentakt an, d.h. im Wesentlichen zwei Züge pro Stunde und Richtung. Für eine Umsetzung sind verschiedene infrastrukturelle Anpassungen erforderlich, welche im Entwurf zum Deutschlandtaktkonzept genannt werden. Eine konkrete Umsetzungs- und Finanzierungsplanung ist dabei jedoch nicht hinterlegt.

Die im Antrag vom 16.03.2023 ebenfalls genannten Ausbauplanungen zur B16 stammen aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP), welcher eine andere Herangehensweise besitzt als die Konzeption zum Deutschlandtakt. Der BVWP ist ein Instrument der Verkehrspolitik in Deutschland, mit dem in erster Linie ein Rahmen für die langfristige Investitionsplanung im Bereich der überregionalen Verkehrsinfrastruktur des Bundes (Schienenwege, Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen) festgelegt wird. Diese Planung wird von der Bundesregierung aufgestellt und vom Bundeskabinett für einen überschaubaren Zeitraum beschlossen. Auf Basis einer Verkehrsprognose zielt der BVWP vorwiegend auf die Engpassbeseitigung auf Hauptachsen und in wichtigen Verkehrsknoten sowie den Erhalt der bundeseigenen Verkehrswege ab. Der aktuelle BVWP wurde im Jahr 2016 beschlossen und hat einen Umsetzungszeitraum bis 2030. Neben weiteren konkreten Planungen in der Region 10 ist auch der 4-streifige Ausbau der B16 zwischen der BAB9 und Neuburg enthalten. Im Schienenverkehr waren lediglich Restarbeiten bei der Neubau-/Ausbaustrecke Ingolstadt-München enthalten.

Der Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf hat sich mit Schreiben im Mai 2023 an den Bundesminister für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing gewendet. Darin wird zunächst auf die Verzögerungen beim geplanten Ausbau des Bahnhofs Gaimersheim eingegangen, ohne welchen es betrieblich nicht möglich ist, durch häufigere Bedienung des Bahnhalts Ingolstadt-Audi das volle Fahrgastpotential auszuschöpfen. Der Umbau des Bahnhofs Gaimersheim ist zudem erforderlich, um eine direkte Verknüpfung der Züge der Donautalbahn mit dem Audi-Bahnhof herstellen zu können. Zudem wird in Hinblick auf den für den Schienenpersonennahverkehr erforderlichen Fokus auf die Region 10 sowie ein entsprechendes S-Bahn-ähnliches Angebot im Schreiben auch auf die für die Umsetzung des Deutschlandtaktes weiteren erforderlichen Infrastrukturausbauten hingewiesen.

In eine ähnliche Richtung argumentiert ein weiteres Schreiben adressiert an den bayerischen Staatsminister für Verkehr, Christian Bernreiter; es wurde unterzeichnet von den drei Landräten der Landkreise der Region 10 sowie dem Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt.

Während eine Antwort aus dem bayerischen Verkehrsministerium noch aussteht, hat das Bundesministerium für Digitales und Verkehr in der Zwischenzeit bereits geantwortet. Derzeit arbeite das Bundesministerium an der Erstellung einer strategischen Langfristprognose als Basis für die Fortschreibung der Bedarfspläne (u.a. Bundesverkehrswegeplan). In diese fließe auch eine Überarbeitung der Deutschlandtaktkonzeption ein. Die Bundesländer sollen hierfür erneut eingebunden werden, damit diese das ihrerseits geplante Angebot im Schienennahverkehr melden könnten. Bezüglich des Ausbaus des Bahnhofs Gaimersheim wird mitgeteilt, dass die ursprünglich für 2024 geplante Umsetzung nicht erfolgen könne, da ein zeitlich umfangreiches Planfeststellungsverfahren erforderlich wäre.

Die in den Anträgen genannten Maßnahmen sind nicht im unmittelbaren Entscheidungsbereich der Stadt Ingolstadt. Der Ausbau und die Weiterentwicklung des Schienenpersonennahverkehrs stehen jedoch stark im Fokus der Regionalpolitik. Auf Seiten der Landräte der drei Landkreise der Region 10 sowie des Oberbürgermeisters der Stadt Ingolstadt besteht das gemeinsame Ziel, für ein verbessertes Angebot auf der Schiene zu arbeiten. Diese Anstrengungen sollen auch in Zukunft beibehalten werden.